

**Deutscher
Gewerkschaftsbund**

Bundesvorstand

Abteilung
Wirtschafts-, Finanz-
und Steuerpolitik

Europa neu justieren

Wachstum fördern, Beschäftigung sichern, Euro stabilisieren

**Positionspapier zur Krise in der Eurozone
für die Sitzung des DGB- Bundesvorstandes am 1. Februar 2011**

Berlin, 1. Februar 2011



Herausgeber:
DGB-Bundesvorstand
Abteilung Wirtschafts-,
Finanz- und Steuerpolitik

Verantwortlich:
Claus Matecki

Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin

Fragen an:
Dr. Mehrdad Payandeh
Tel.: 0 30/2 40 60-727
Fax: 0 30/2 40 60-218
E-Mail: carina.ortmann@dgb.de

Zukunft der Eurozone auf Messerschneide

Die Krise der Eurozone hat sich nach der Griechenland-Krise vor mehr als 7 Monaten nun mit Irland zugespitzt und droht weitere Länder zu erfassen. Bereits in der Warteschlange stehen nicht nur die anderen so genannten PIIGS-Staaten¹. Auch Slowenien ist durch die Herabstufung des Ratings gefährdet. Damit nicht genug: Zusehends geraten auch Länder unter Refinanzierungsdruck, die bislang als sehr stabil galten und ein überproportionales ökonomisches Gewicht in der Eurozone besitzen. Vor allem können Belgien und Frankreich durch den Anstieg der Prämien von Kreditausfallversicherungen für ihre Staatsanleihen Probleme bekommen, sich günstig am Markt zu refinanzieren. Die Krise ist somit im Begriff, das politische Zentrum der Eurozone zu erfassen. Auch Euro-Anwärter wie Ungarn, die sich im EWS II für ihre baldige Mitgliedschaft in der Eurozone qualifizieren, sind massiv gefährdet. Die Ratingagenturen haben Ungarns Bonitäts-Rating mittlerweile auf BBB- und damit ihre Staatsanleihen faktisch auf Ramsch-Status herabgestuft.

Der Kreis der Krisenländer vergrößert sich, was im Umkehrschluss heißt, dass der Kreis der nicht gefährdeten Länder kleiner wird. Gegenwärtig haben mit Deutschland, Frankreich, Österreich, Luxemburg, Finnland und Niederlande nur sechs von mittlerweile 17 Euroländern ein AAA-Rating. Würde Frankreich unter Beschuss der Ratingagenturen geraten, würde die Stabilität der Eurozone auf dem Spiel stehen. Dazu darf es nicht kommen. Im Interesse Europas und Deutschlands. Darum müssen jetzt die Weichen dafür gestellt werden, damit die Eurozone zu einem Ort der politischen Stabilität, der ökonomischen Prosperität, der sozialen Sicherheit und nicht zuletzt zum monetären Stabilitätsanker für unseren Kontinent wird.

Finanz- und Wirtschaftskrise führte zur hohen Verschuldung

Alle Länder in der Eurozone mussten zur Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise neue Schulden aufnehmen, weshalb der Verstoß gegen die Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspaktes inzwischen die Regel ist. Das erhöhte auch den Schuldenstand insgesamt. Während vor der Finanz- und Wirtschaftskrise der durchschnittliche Schuldenstand in der Eurozone dank des kräftigen Wachstums deutlich unter 70% des BIP lag, ist er in 2010 auf 84% des BIP angestiegen. Nur Finnland, Luxemburg und die osteuropäischen Euroländer Slowakei und Slowenien sowie das jüngste Mitglied Estland haben eine Schuldenstandsquote unter 60%. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat bei allen andern Ländern fiskalische Spuren hinterlassen. Allerdings haben einige hausgemachte Probleme, wie der Untergang der industriellen Kernbestände und alleinige Fokussierung des Wachstums auf die Finanzdienstleistungen in Irland oder die Immobilienblase in Spanien, die gegenwärtige Krise mit verursacht.

Mit Ausnahme Griechenlands, wo die Statistik im Sinne des Stabilitätspaktes gefälscht wurde, hatten alle Länder der Eurozone im Großen und Ganzen noch vor der Krise einen haushaltspolitischen Konsolidierungskurs eingeschlagen. Selbst Länder, die nicht Mitglied der Eurozone sind, waren durchaus diszipliniert und haben einen ordentlichen Haushalt geführt. Denn ein dynamisches Wachstum prägte alle europäischen Volkswirtschaften und gab steuerpolitischen Rückenwind. Überall stiegen die Steuereinnahmen, die Verschuldung war finanzierbar. Champions mit Haushaltsüberschüssen waren die skandinavischen Länder und die heutigen Krisenländer Spanien und Irland, nicht Deutschland oder Frankreich. Sie erzielten in der Regel sogar Überschüsse. Selbst große Volkswirtschaften wie Italien, Frankreich

¹ Es sind die Euroländer Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien

und Großbritannien waren dank ihres dynamischen Wachstums auf einem Konsolidierungskurs.

Erst ab Ende 2007 und vor allem mit dem Ausbruch der Finanzmarktkrise 2008 brach zuerst das weltweite Wachstum ein und blieben damit blieben die Steuereinnahmen aus. Hinzu kamen die explodierenden Kosten der Bankenrettung und die Kosten zur Bekämpfung der realwirtschaftlichen Folgen der Krise. Die Neuverschuldungsquote als Anteil der neu aufgenommenen Schulden - gemessen an einem inzwischen schrumpfenden Bruttoinlandsprodukt - musste zwangsläufig überproportional steigen. Die Finanz- und Wirtschaftskrise mündete in einer Schuldenkrise.

Krise der Eurozone ist eine Systemkrise

Die Eurozone durchläuft eine systemische Krise, die sich in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise offenbart:

Politik- und Marktversagen: Die europäische Integration wurde seit dem Maastricht-Vertrag zusehends auf eine reine Marktintegration reduziert. Marktmacht ersetzte die politische Steuerung und Gestaltung des Integrationsprozesses. Vor allem seit der Einführung des Euro rückte der „Standortwettbewerb“ in den Vordergrund der europäischen Integration. Steuer-, Lohn- und Sozialdumping prägen seitdem den europäischen Binnenmarkt. Niedrige Steuersätze wie die Abgeltungssteuer in Deutschland oder die sehr niedrige Körperschaftssteuer in Irland etc. dokumentieren diesen Zustand.

Der Glaube an effiziente Märkte bestimmt bis heute die europäische Politik. Dabei haben sich die Märkte spätestens mit dem Ausbruch der Krise als äußerst ineffizient erwiesen. Ihre politische Bändigung durch zielgerichtete Regulierung steht längst auf der Tagesordnung. Aber die europäische Politik hält an den Rezepten aus der Vorkrisenzeit fest. Dadurch verschärfen sich die Probleme in der Eurozone, weil politische Maßnahmen zur Beseitigung der strukturellen und sozialen Probleme der Eurozone ausbleiben. Nach wie vor diktieren die Märkte die Spielregeln. Sie treiben die Politik statt umgekehrt.

Ökonomische Ursachen: Die Eurozone ist ein Währungsraum mit erheblichen Unterschieden in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ihrer Mitgliedstaaten. Bei der Einführung der Gemeinschaftswährung wurden das ökonomische Entwicklungsgefälle und der heterogene Entwicklungsstand der Euroländer nicht berücksichtigt. Einzig und allein auf die Einhaltung der Konvergenzkriterien gemäß den Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts wurde geachtet.

Seit der Einführung der Gemeinschaftswährung leidet die Eurozone unter massiven Leistungsbilanzungleichgewichten. Die Ungleichgewichte haben mehrere zentrale Ursachen:

- Die Gemeinschaftswährung hat für exportorientierte Länder wie Deutschland das Wechselkursrisiko eliminiert und damit ein in Euro gemessenen größeren Markt erschlossen. Für die weniger entwickelten Länder der Eurozone bedeutet dies im Umkehrschluss das Ende der Devisenrestriktion. Ab diesem Zeitpunkt konnten sie mit ihrer neuen Währung einerseits ihren Konsumnachholbedarf befriedigen und andererseits die Entwicklung und Modernisierung ihrer Wirtschaften finanzieren. Sie waren nicht mehr auf Devisen wie die Deutsche Mark angewiesen. Folglich sank der Anreiz, mehr Waren zu exportieren, um mit den erzielten Devisen ihre Entwicklung zu finanzieren. Mit der nun reichlich vorhandenen

Gemeinschaftswährung stiegen die Anreize, qualitativ hochwertige Importgüter aus den Industriezentren der Eurozone zu beziehen. Dadurch vergrößerten sich die Handels- und damit die Leistungsbilanzdefizite dieser Ländergruppe sehr rasch und somit spiegelbildlich die Handels- und Leistungsbilanzüberschüsse bei der exportorientierten Ländergruppe um Deutschland. Die Überschüsse des Einen sind die Defizite des Anderen.

- Diese Entwicklung wurde maßgeblich dadurch verstärkt, dass bereits vor der Einführung des Euro die Währung der heutigen Überschussländer wie die Deutsche Mark, der Österreichische Schilling und der niederländische Gulden unterbewertet und die Währungen der heutigen Krisenländer überbewertet waren. Bei der Währungsunion wurden trotz dieser Kenntnisse keine Wechselkursanpassungen vorgenommen, so dass die Währungen der Überschussländer unterbewertet und die der Defizitländer überbewertet in den Euro aufgegangen sind, was einem preislichen Wettbewerbsvorteil für deutsche, österreichische und niederländische Unternehmen und einem preislichen Wettbewerbsnachteil für Unternehmen aus den Ländern mit einer überbewerteten Währung gleichkommt. Damit nicht genug: Die Überbewertung stellte in der Gruppe der heutigen Krisenländer eine zusätzliche Kaufkraft dar, was die Importe zusätzlich befeuerte. Im Umkehrschluss führte die Unterbewertung der Währungen der Überschussländer zu einer Reduzierung der Kaufkraft in diesen Ländern, was wiederum Importe aus den heutigen Krisenländern beeinträchtigte.
- Ferner konnten die Überschussländer, allen voran Deutschland, die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Industrien durch ein ausgeprägtes Spezialisierungsprofil und steigende Effizienz in der gesamten Wertschöpfungskette steigern. Allerdings gab es auch massive Umstrukturierungen, Outsourcing in den Niedriglohnsektor und prekäre Beschäftigung. Im Ergebnis konnte Deutschland seine Marktanteile gegenüber den anderen Euroländern ausbauen. Dieser Umstand war ebenfalls ein zusätzlicher Faktor für die wachsenden Handelsbilanzungleichgewichte.
- Von den so entstandenen Handelsbilanzungleichgewichten profitierten beide Handelspartner. Steigende Exporte wurden zum Wachstumsmotor in Überschussländern und sorgten vor allem in der Exportwirtschaft für mehr Beschäftigung. Gleichzeitig profitierten die Defizitländer von einer raschen Modernisierung und steigendem Volkseinkommen. In Defizitländern stiegen die Löhne allerdings schneller als die Produktivität, was zu einem Anstieg der Lohnstückkosten und folglich zur zusätzlichen Verschlechterung ihrer Wettbewerbsfähigkeit führte. Damit wurden nicht selten die Früchte der Modernisierung wesentlich schneller als volkswirtschaftlich sinnvoll geerntet. Auf der anderen Seite übten sich Überschussländer wie Deutschland in geringem Lohnanstieg und schöpften somit die gesamtwirtschaftlichen Verteilungsspielräume nicht vollständig aus. Dennoch muss in diesem Zusammenhang der Lohnmoderation eine untergeordnete Rolle zugeschrieben werden. Vielmehr hat der politisch vorangetriebene Ausbau des Niedriglohnssektors in Deutschland, neben einer unterbewerteten Währung, der deutschen Volkswirtschaft die Kaufkraft massiv entzogen. Das hat nicht nur die binnenmarktwirtschaftlichen Wachstumskräfte geschwächt, sondern auch die Importe aus den heutigen Krisenländern beeinträchtigt und damit ebenfalls zu Leistungsbilanzungleichgewichten beigetragen.

Da in der Eurozone auf die Finanzausgleichmechanismen wie etwa in den USA oder der Bundesrepublik verzichtet wurde und das Eurosystem über kein politisch steuerbares Instrument verfügt, um ernsthaft gegen ökonomische Entwicklungsunterschiede und soziale Probleme vorzugehen, entwickelten sich die weniger entwickelten Ländern folglich ohne solche Instrumente. Die

Leistungsbilanzdefizite wurden vor allem über die Verschuldung im Ausland finanziert. Leistungsbilanzdefizite und Netto-Auslandsverschuldung bedingten sich gegenseitig.

Monetäre Ursachen: Die Geldpolitik der EZB hat mehrere Fehlkonstruktionen: zum einen konzentriert sie sich einzig und allein auf die Wahrung der Preisstabilität, wobei damit nur die Inflations- aber nicht die Deflationsgefahr gemeint ist. Das Inflationsziel errechnet sich als Durchschnitt der nationalen Inflationsraten. Folglich kommt diese errechnete Inflationsrate im echten Leben nirgendwo vor. Das hat zur Folge, dass so eine Geldpolitik, die auf einer fiktiven Inflationsrate basiert, keinem Euroland gerecht wird. Sie ist deshalb für die weniger entwickelten Länder mit höherer Inflation wie die heutigen Krisenländer expansiv und feuert dort Wachstum, Investition, aber auch Verschuldung an. In Ländern mit geringerer Inflation wie Deutschland, Niederlande oder Österreich wirkte sie aber restriktiv und würgt Wachstum, Investition und Beschäftigung ab. Dieser Zustand führt auch dazu, dass sich Unternehmen, Banken und private Haushalte aus den Inflationsländern bevorzugt in den Ländern mit geringer Inflation verschulden, auch weil in der EU Kapitalverkehrskontrollen untersagt sind. Der Schuldendienst steigt in diesen Ländern, auch wenn der Staat spart oder gar Überschüsse erzielt. Das betrifft nicht nur die Euroländer. Auch die osteuropäischen EU-Staaten weisen ähnliche Probleme wie die Verschuldung des Privatsektors gegenüber den sogenannten Überschussländern der EU auf.

Damit nicht genug: Der größte monetäre Konstruktionsfehler der Eurozone ist die einseitige Privilegierung des Bankensektors als alleiniger Geschäftspartner der EZB und die gleichzeitige Diskriminierung der öffentlichen Hand. Die Satzung der EZB untersagt strikt jede Form der direkten Finanzierung der öffentlichen Hand. Das ist in der aktuellen Krise der Eurozone das Hauptproblem. Denn die Euro-Länder können ihre Kredite bzw. Schulden ausschließlich am Kapitalmarkt refinanzieren und sind deshalb von den Finanzmärkten immer erpressbar.

Demgegenüber haben die Banken in der Krise ihre toxischen Papiere als werthaltige Sicherheiten für 12 Monate bei der EZB hinterlegt und dafür unbegrenzt frische Euro zum Zinssatz von 1% bekommen. Die Euroländer hingegen kommen nicht in den Genuss der günstigen EZB-Kredite. Das führt dazu, dass bei 17 unterschiedlichen Staatsanleihen Länder mit schlechtem Bonitäts-Rating zwangsläufig den Finanzmärkten ausgeliefert sind, ohne eine Alternative zu haben.

Bilanz der bisherigen Rettungsmaßnahmen

Vor mehr als sieben Monaten hat die Politik versucht, die Eurozone mit einem 750 Milliarden schweren Rettungsschirm vor weiteren Verwerfungen zu schützen. Damit wurde nur Zeit gekauft. Die strukturellen Probleme blieben. Die europäische Politik hat seit der Griechenland-Krise genügend Zeit gehabt, dem Treiben der Spekulanten und Ratingagenturen ein Ende zu setzen, die Finanzierung der Defizite von den Renditekalkülen der Anleger auf den Finanzmärkten zu entkoppeln und einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel einzuleiten. Das Ziel: in ganz Europa für qualitatives Wachstum und hochwertige Beschäftigung zu sorgen und damit ein solides Fundament für stabile Steuereinnahmen und eine konjunkturgerechte Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zu legen. Davon aber keine Spur. Mit der Krise in Irland und drohenden Krisen in weiteren Euroländern wurde deutlich, dass die Finanzmärkte die Eurozone immer noch in Geiselschaft halten. Immer noch entscheiden Ratingagenturen über die Kreditwürdigkeit der Euroländer. Immer noch spekulieren Investmentbanken und Hedge-Fonds auf die Pleite stark verschuldeter Staaten, obwohl die EZB deren Staatsanleihen vollständig refinanziert.

Die Euro-Staaten und die EU-Kommission bereiten sich auf eine gefährliche Verschärfung der Schuldenkrise in diesem und dem kommenden Jahr vor. Zwar musste der im Frühjahr 2010 geschaffene Euro-Rettungsschirm im Falle Irlands erstmals mit 85 Mrd. Euro zu Jahresende 2010 eingesetzt werden. Aber wir stehen erst am Anfang des Tunnels. Portugal gilt als nächster Kandidat für den Rettungsschirm. Die Rettung Irlands hat deshalb erneut eine Debatte über die Zukunft des gemeinsamen Währungsraumes losgetreten. Es ist heute davon auszugehen, dass die Mittel keineswegs ausreichen würden, wenn sich die Krise auf die bislang stabilen Länder ausweiten würde. Und danach sieht es leider aus.

Europa braucht einen Kurswechsel

Europa befindet sich am Scheideweg. Ein Festhalten an bisherigen Maßnahmen zugunsten der Marktkräfte wird die Stabilität des Eurosystems massiv gefährden. Das würde zu massiven ökonomischen, politischen und sozialen Verwerfungen für alle beteiligten Länder führen. Deshalb muss alles unternommen werden, um diese Gefahr zu bannen. Mit dem Ziel in allen Ländern der Eurozone Wachstum zu fördern, Beschäftigung zu sichern und die Gemeinschaftswährung Euro zu stabilisieren. Mit den bisherigen Maßnahmen hat man wieder Zeit gewonnen, um grundlegende Reformen einzuleiten. Dafür müssen kurzfristige Stabilisierungsmaßnahmen aber auch langfristige Reformen eingeleitet werden:

- **Rettungsfonds erweitern, füreinander haften**

Als sofortige Maßnahmen gelten die, die die Märkte beruhigen und eine Unterbrechung der Liquiditätsversorgung der Euroländer verhindern. Um die Finanzmärkte zu beruhigen, sollte der Rettungsfonds erweitert, die bereits existierenden Staatschuldtitel von Krisenländern durch alle Euroländer garantiert und die Kredite des Rettungsfonds niedrig verzinst werden, mit dem Ziel, die Refinanzierung von bestehenden Staatsschulden der Krisenländer sicherzustellen. Gleichzeitig erklären sich die Euroländer zu einer unbegrenzten gegenseitigen Haftung ihrer Staatsanleihen. Denn nur ein Haftungsverbund aus allen Euroländern würde den Märkten die Entschlossenheit und Handlungsbereitschaft der Euroländer als Schicksalsgemeinschaft signalisieren. Bis dahin sollte die Europäische Zentralbank mit einem ambitionierten Ankaufsprogramm den Marktwert der Staatsanleihen und damit die Nachfrage nach ihnen stabilisieren.

- **Eurobonds einführen**

Mittelfristig benötigt der gemeinsame Währungsraum einheitliche Eurobonds. Es ist deshalb sinnvoll die EFSF-Anleihen zu Eurobonds zu entwickeln. Eurobonds werden die nationalen Staatsanleihen langfristig ersetzen und damit die unterschiedlich teure Finanzierung der Staatsschulden beenden. Da die Euroländer gemeinsam am Markt auftreten und die Anleihen gemeinsam garantieren, entfallen die hohen Risikoprämien für die schwächeren Staaten. Ihre Zinslast ist folglich niedriger. Ohne Risikoprämienaufschläge sinken die Renditen der Papiere auf eine ökonomisch hinnehmbare Größe - und zwar für alle. Die Einführung von Eurobonds bedeutet, dass zum einen ein einheitlicher Markt für Staatsanleihen geschaffen wird und somit zum anderen alle Länder unter gleiche Finanzierungsbedingungen gestellt werden. Euro-Staaten können bis zur

langfristigen Auflösung der nationalen Staatsanleihen dann bis zu einer Verschuldungsquote von 60% ihres Bruttoinlandsprodukts von niedrigeren Zinsen der Eurobonds profitieren. Länder mit Leistungsbilanzüberschüssen dürften diesen Wert um die Höhe ihres Leistungsbilanzüberschusses noch überschreiten. Kredite darüber hinaus sind möglich, würden aber nicht als Eurobonds begeben und in den meisten Fällen vom Markt mit einem Zinsaufschlag versehen. Die Finanzierung über Eurobonds wird an Auflagen geknüpft, die dazu dienen sollen, die Leistungsbilanzdifferenzen im Euroraum zu reduzieren. Aufgelegt sollen die Eurobonds von einer neu zu gründenden „Europäischen Finanzagentur“ werden, die schrittweise den Rettungsfonds ersetzen soll.

Es gibt weniger Anlass für spekulative Attacken, wenngleich auch die Eurobonds vom Markt abhängig bleiben und somit nicht völlig gegen die Spekulation gefeit sind. Eurobonds können auch zur Finanzierung spezieller europäischer Investitionsprojekte ausgegeben werden. Ein Euroraum-Schuldenpool mit Eurobonds birgt zwar das gewisse Risiko, dass die Zinsen für den deutschen Staat steigen könnten. Der Zinsaufschlag für Eurobonds würde sich jedoch in Grenzen halten. Selbst wenn es zu geringen Zinsaufschlägen gegenüber Bundesanleihen käme, wäre das ein kleiner hinnehmbarer Nachteil im Vergleich zu dem wirtschaftlichen Fiasko eines zerfallenden Euroraums.

Im Vergleich zu den EZB- Garantien ist der Eurobond- Vorschlag weitreichender; denn er entlastet die EZB und bestätigt das aktive Engagement der Euro-Mitgliedstaaten für den gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsraum. Allerdings bleibt auch bei dem Vorschlag der Eurobonds für sich allein genommen der Einwand bestehen, dass die Finanzierung der Staatsverschuldung von den Finanzmärkten abhängig und damit letztlich spekulationsabhängig bleibt. Die Anleger können immer die Eurobonds abstoßen oder höhere Zinsen erwarten.

- **Finanzierung der Defizite von Finanzmärkten entkoppeln**

Die Finanzierung der Defizite muss langfristig von Renditekalkülen der Anleger unabhängig und von den Finanzmärkten entkoppelt werden. Hierfür gründen die Euroländer eine eigene „Europäische Bank für öffentliche Anleihen“, die als Geschäftspartner der EZB am Anleihemarkt fungiert und bei Marktturbulenzen die Staatsanleihen der Euroländer aufkauft. Diese Anleihen werden als Sicherheit bei der EZB hinterlegt und das dafür erhaltene günstige EZB-Geld unter Berücksichtigung der anfallenden Verwaltungskosten und der Laufzeiten der Staatsanleihen zu günstigen Bedingungen an die Euroländer weitergeleitet. Damit bleibt die geldpolitische Autonomie der EZB gewahrt, weil damit kein Automatismus zur Geldemission entsteht. Ferner setzt allein die Existenz einer solchen Bank andere Anleger unter Druck, ihre Zinserwartungen zu senken (Beschlusslage des 19. DGB Bundeskongresses).

- **Finanzmärkte wirksam regulieren**

Die Finanzmärkte müssen nicht nur überwacht, sondern auch wirksam reguliert werden. Die Bonitätsprüfung der Euroländer muss den Ratingagenturen entzogen und direkt von der EZB durchgeführt werden. Ratingagenturen spielen in der gegenwärtigen Krise eine sehr destabilisierende Rolle. Ferner muss der Markt für

Kreditausfallversicherungen (CDS) für die Staatsanleihen ausgetrocknet werden. Die Anleger preisen die zusätzlichen Kosten für Kreditausfallversicherungen in ihre Zinserwartungen ein, die immer von den Staaten und ihren Steuerzahlern bezahlt werden müssen. Die Krisenverursacher müssen zur Kasse gebeten werden. Deshalb brauchen wir eine Finanztransaktionssteuer, eine Bankenabgabe und nicht zuletzt eine gerechte Besteuerung von Vermögen und Erbschaften, um dem Vermögensmarkt das Spielgeld zu entziehen. Des Weiteren müssen alle Finanzmarktprodukte von einer öffentlichen Zulassungsstelle (Finanzprodukte-TÜV) auf ihren volkswirtschaftlichen Nutzen geprüft und gegebenenfalls verboten werden (Beschlusslage des 19. DGB Bundeskongresses). Für alle Finanzmarktakteure müssen die gleichen Regulierungsvorschriften gelten. Banken dürfen keinen Eigenhandel mit Finanzprodukten betreiben.

- **Ungleichgewichte solidarisch abbauen, Defizite solidarisch finanzieren**

Um Ungleichgewichte in den Griff zu bekommen, müssen unterschiedliche Wettbewerbsfähigkeiten in den Euroländern harmonisiert werden. Einerseits müssen die heutigen Überschussländer der Eurozone als Wachstumsanker des Währungsraums wirken, andererseits müssen die Defizitländer ihren Entwicklungspfad entlang der Produktivitätsentwicklung organisieren. Beide Seiten müssen sich am Abbau der Ungleichgewichte beteiligen. Dies erfordert mehrere zentrale Maßnahmen:

Die Defizitländer müssen ihre Steuerbasis mittels Vermögens- und Unternehmenssteuer verbessern. Haushaltssanierung darf nicht auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stattfinden. Zwar muss die Lohnentwicklung mittelfristig zum Produktivitätspfad zurückfinden, Arbeitnehmer dürfen aber in der gegenwärtigen Situation nicht Opfer der strengen Auflagen gegen die Krisenstaaten werden. Solche gegen Arbeitnehmerhaushalte gerichteten Auflagen würden das Wachstum in den betroffenen Ländern ab, verschlechtern dadurch die Steuerbasis und verursachen schließlich noch höhere Schulden. Die Schuldenfalle ist somit vorprogrammiert.

Die Überschussländer, allen voran Deutschland, müssen mit der Austrocknung des Niedriglohnssektors, der Ausweitung der öffentlichen Investitionen und nicht zuletzt über höhere Löhne ihre Binnenmärkte ankurbeln. Dadurch werden auch mehr Güter und Dienstleistungen aus den Krisenländern importiert. Das größte Überschussland der Eurozone trägt die Hauptverantwortung für die konjunkturelle Belebung im Euro-Raum.

Um ein Auseinanderdriften der Lohnstückkosten der Mitgliedsstaaten zu verhindern, soll es im Rahmen einer engeren wirtschaftspolitischen Koordinierung neben der Fiskal- und Geldpolitik zu einer Verstärkung der lohnpolitischen Koordinierung in der Eurozone kommen, die einzig und allein von Gewerkschaften organisiert und durchgeführt wird. Dabei muss die Tarifautonomie geachtet werden – staatliche Zielvorgaben für die Tarifverhandlungen oder gar staatlich verordnete Lohnkürzungen wären in diesem Zusammenhang abzulehnen und inakzeptabel.

- **Europäisches Investitionsprogramm statt Austeritätspolitik**

Europa braucht keine wachstumshemmende Austeritätspolitik und schon gar keine europäische Schuldenbremse sondern ein ambitioniertes Innovations- und

Investitionsprogramm zur flächendeckenden Förderung der nachhaltigen Zukunftsinvestitionen, um Euroländer mit moderner Infrastruktur, zukunftsfähigen Industrien, innovativen Handwerksleistungen und qualitativ hochwertigen Dienstleistungen sowie Bildungsangeboten zu versorgen.

Eine starke Industrie und qualitativ hochwertige Dienstleistungen sind für die ökonomische, beschäftigungspolitische und gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland und Europa von herausragender Bedeutung. Die hohe Qualität von Produktion, Handel, Handwerk und Dienstleistungen sichert Arbeitsplätze und schafft die Voraussetzungen für einen hohen Lebensstandard.

Diesen Lebensstandard wollen wir erhalten und ausbauen. Eine umfassende Antwort auf die Euro-Krise muss deshalb auf die Realwirtschaft zielen. Erforderlich ist eine

- Investitionsstrategie im Rahmen einer koordinierten Industrie-, Handwerks- und Dienstleistungspolitik in Europa mit dem Ziel, weder eine De-Industrialisierung wie in Großbritannien noch eine Prekarisierung des Dienstleistungssektors in Europa zuzulassen sowie eine
- Innovationsstrategie, die auf dem Zusammenspiel von ökonomischen, ökologischen und sozialen Anforderungen an die Gestaltung von Produktion und Dienstleistungen aufbaut.

Die von uns geforderte Investitions- und Innovationsstrategie, soll Wachstum, Beschäftigung und Modernisierung eine Entwicklungsperspektive geben. Ein solches Programm lässt sich über eine europäische Vermögensabgabe finanzieren.

- **Koordinierung der Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik**

Zukünftig müssen die Euroländer ihre Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik stärker koordinieren. Der EU-weite Steuerwettbewerb muss unterbunden werden. Die Eurozone benötigt mittelfristig Finanzausgleichsmechanismen. Hier müssen einerseits Mechanismen zur konjunkturgerechten Haushaltsführung einschließlich des Abbaus struktureller Haushaltsdefizite geschaffen und andererseits finanzielle Unterstützung der Überschussländer an Defizitländer angeboten werden. Diese Koordinierung muss auf einen Abbau der Ungleichgewichte abzielen. Eine Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes würde die Probleme verschärfen und nicht lösen.